

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/II/71

Hannover, 2. September 1947
Telefon: 20951/52

Sozialdemokratie und Gewerkschaften

Von Fritz Henzler, Dortmund

Bömelburg, der im kaiserlichen Deutschland sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Vorsitzender der Gewerkschaft der Maurer war, prägte einst das Wort: "Die Partei und die Gewerkschaften sind eins". Gemeint war nicht, daß die Gewerkschaften Anhängsel der Partei sein sollten, sondern nur, daß von beiden Teilen keine einander widerstrebenden Ziele verfolgt werden. Damals bestand keine einheitliche gewerkschaftliche Bewegung. Es gab neben den freien Gewerkschaften auch christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften. Die freien Gewerkschaften, die zahlenmäßig die beiden anderen Gewerkschaftseinrichtungen um das Mehrfache übertrafen, umfaßten als ihren aktivsten Teil die Anhängerschaft der sozialdemokratischen Partei.

Die Christlichen Gewerkschaften waren in ihrer Führung und dem Anhang dem Zentrum verbunden, die "Hirsche" den bürgerlichen demokratischen Parteien. Neben diesen drei gewerkschaftlichen Richtungen gab es noch besondere Angestellten-Organisationen, die sich in erster Linie als Standes-Organisation fühlten und auch Wert auf Distanzierung gegenüber den übrigen Gewerkschaften legten. Diese gewerkschaftliche Aufteilung blieb im großen und ganzen auch nach dem ersten Weltkrieg.

Der Nazismus zerschlug dann neben den Parteien auch die Gewerkschaften. Erfreulicherweise kamen nach dem Nazi-Zusammenbruch nunmehr Arbeiter und Angestellte zu dem Entschluß, die frühere gewerkschaftliche Zersplitterung zu vermeiden und sich in einer Gewerkschaftsorganisation zu vereinigen. Wir Sozialdemokraten begrüßen diese Entwicklung. Wir nehmen vorbehaltlos zur einheitlichen Gewerkschaft eine bejahende Stellung ein.

Die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften ist nicht parteigebunden. Anhänger aller Parteien sind in den Gewerkschaften vereinigt. Dennoch besteht die Möglichkeit karzerkschaftlichen Zusammenwirkens. Die politischen Gegensätze, die auch in der Arbeiterschaft und bei den Angestellten vorhanden sind, brauchen kein Hindernis dafür zu sein, weil der Aufgabenkreis der Gewerkschaften ein anderer ist als der der Parteien. Daraus ergibt sich aber auch, daß auf eine klare Aufgabenteilung zwischen den Gewerkschaften und den Parteien Wert gelegt werden muß.

Diese Aufgabenteilung zwischen Partei und Gewerkschaft ist möglich, obwohl der Aufgabenkreis der Gewerkschaften ausgeweitet wurde. Die Gewerkschaften können sich nicht mehr nur auf die engste Interessenvertretung ihrer Mitglieder beschränken, wie sie in Fragen des Tarifvertrages und der Vertretung in den sozialen Einrichtungen zum Ausdruck kommt. Diese Fragen, so wichtig sie sind, haben zum Teil an Bedeutung verloren, gemessen an den neuen Aufgaben auf dem volkswirtschaftlichen Gebiet. Die legislative Aufgabe bei der Neugestaltung unserer Volkswirtschaft liegt bei den Parteien. Die Politik ist das Primäre. Klar muß dieser Grundsatz herausgestellt werden. Den Gewerkschaften den gesetzlichen Boden zu sichern für ihre Mitbestimmung bei der volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Neugestaltung Deutschlands, ist eine Aufgabe der Politik. Nicht die Gewerkschaften, sondern die politischen Organisationen sind dafür in erster Linie das Instrument.

Nun steht außer Frage, daß auch das gewerkschaftliche Interesse die Brechung der privatkapitalistischen Herrschaft in der Wirtschaft erfordert, weil dann erst die Voraussetzung für die mitbestimmende Einschaltung der Gewerkschaften gegeben wird. Die Stellungnahme der Parteien dazu ist verschieden. Daraus ergibt sich, daß trotz der politischen Neutralität kein gleichartiges Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und den Parteien sein kann. Die Parteien, die so viel wie möglich vom privatkapitalistischen System in den Neuaufbau der deutschen Volkswirtschaft hinüberretten wollen, können nicht in ein so enges Arbeitsverhältnis zu den Gewerkschaften kommen, wie die Sozialdemokratische Partei, die nicht nur den gewerkschaftlichen Anspruch auf mitverantwortliche Einschaltung in die volkswirtschaftlichen Funktionen anerkennt, sondern die den Gewerkschaften diese Verpflichtung ausdrücklich auferlegen will. Das Gleiche gilt für den sozialpolitischen Aufgabenbereich. Deshalb ist auch das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu der heutigen einheitlichen Gewerkschaft genau so positiv wie es früher zu der freien Gewerkschaftsbewegung war.

Wo der beiderseitige Aufgabenbereich ineinander fließt und die Frage geklärt werden muß, ob der Politik oder der gewerkschaftlichen Selbstverwaltung die Aufgabenlösung zufällt, - z.B. Fragen der Regelung des Arbeitsmarktes usw. - muß angesichts der gleichen Zielrichtung eine Verständigung möglich sein. Aus dem oben Gesagten ergibt sich, daß die Sozialdemokratische Partei im Interesse der Festigung der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung keine parteipolitische Aufspaltung der Gewerkschaften wünscht. Die Parteien müssen auf gewerkschaftliche Parolen verzichten, und die Gewerkschaften müssen sich politischer Parolen enthalten.

Aus diesem Grunde unterließ die Sozialdemokratische Partei bewußt die Bildung politischer Gruppen in den Betrieben. Nicht so die Kommunisten. Nicht nur, daß sie ihre Parteiorganisation auf Betriebsgruppen aufbauen, - das wäre eine Angelegenheit, die schließlich nur sie selbst angeht -, von Anfang an haben sie diesen politischen Gruppen auch gewerkschaftliche Aufgaben zugewiesen und sind

sie als geschlossene Gruppen in der Gewerkschaft tätig gewesen. Sie raden zwar so, als ob sie keine größere Sorge kennen, als die Einheit der Gewerkschaften zu erhalten. Ihr Hauptbestreben aber ist, die einheitliche Gewerkschaftsbewegung als Tumelfeld für ihre parteipolitischen Zwecke zu benutzen. Andererseits ist offen bekannt, daß die ehemaligen christlichen Gewerkschaftler, die in der CDU vereinigt sind, dann und wann besondere Konferenzen abhalten, in denen sie sich mit Gewerkschaftsfragen befassen.

Ich stelle diese Tatsachen fest, ohne besondere Anklagen zu formulieren, aber bestimmte Schlussfolgerungen müssen daraus gezogen werden. Die Situation erfordert, daß die sozialdemokratische Partei ihrerseits nun ebenfalls ihre politischen Anhänger in Betriebsgruppen zusammenfaßt, um sie für alle den Betrieb angehenden Fragen zu aktivieren. Die sozialdemokratische Partei wird aber auch jetzt auf Herausgabe gewerkschaftlicher Parolen verzichten. Das soll und muß Angelegenheit der Gewerkschaften bleiben. Aber sie wird sich durch ihre Betriebsgruppen voll dafür einsetzen, daß ihre Anhänger auch in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Fragen als Gewerkschaftler aktiver werden und ihre Kräfte nicht verzetteln zugunsten der parteipolitischen Gruppenbildung der K.P. in den Gewerkschaften.

Die sozialdemokratische Partei hat lange gemahnt und gewarnt vor Handlungen, die eine Gefahr für die einheitliche Gewerkschaft werden. Ihre Mahnung und Warnung blieb unbeachtet. Nicht selten waren Spott und Hohn und Hinterhältigkeit die Antwort. Weil es uns ernst ist, die einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu erhalten, schreiten wir zu Abwehrmaßnahmen, bei denen wir aber bewußt darauf verzichten, in die Zuständigkeit der Gewerkschaften irgendwie einzugreifen. Wir tun dies, um zu verhindern, daß die Gewerkschaft zu einem Herrschaftsbereich von Kräften wird, die die Gewerkschaft nicht in erster Linie ihrer selbst willen bejahen, sondern in ihr nur ein Mittel zum Zweck für parteipolitische Ziele sehen.

"Abzug wäre eine Katastrophe".

Der Sonderkorrespondent des "Daily Telegraph", Edwin Tatlow, nimmt in einem Artikel aus Berlin zu den in letzter Zeit besonders häufig auftauchenden Gerüchten von einem möglichen Abzug der westlichen Besatzungsmächte aus Berlin Stellung. Er weist auf die wiederholten amtlichen Dementis hin und schreibt dann: "Es besteht auch nicht der geringste Zweifel, daß die Anglo-Amerikaner - wie bemerkenswert ist es dabei, daß die Franzosen in all diesen Angelegenheiten kaum berücksichtigt werden! - an ihrer schwer errungenen Stellung in Berlin festhalten werden, die ihnen von den Russen nach Kriegsende nur zögernd überlassen wurde. Denn sie nachgeben würden, so würde ihr ganzes Prestige bei den Deutschen verloren gehen. Es würde ihnen in der Tat schwer fallen, die Bevölkerung zur Zusammenarbeit mit ihnen beim Wiederaufbau der westlichen Hälfte des Landes zu überreden. Komme, was kommen mag, der Westen muß in Berlin bleiben. Ein Abzug würde nicht nur einen Irrtum, sondern auch eine schwere politische Niederlage bedeuten".

(m/165/29/hs)

Sozialisten und Regierung in Frankreich

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Die Tatsache, daß ohne Beteiligung der Sozialisten eine arbeitsfähige Regierung zur Zeit nicht denkbar ist, beherrscht die französische Innenpolitik. Deshalb ist Ramadier auch zunächst geblieben, obwohl der sozialistische Parteitag von Lyon das Verbleiben der sozialistischen Minister in der Regierung einer Reihe von Bedingungen untergeordnet hatte, die von den anderen Koalitionspartnern auf die Dauer wohl nicht restlos angenommen werden können. Wie wird man dieses Dilemma überstehen können? Um diese Frage beantworten zu können, muß man die Absichten und Möglichkeiten der sozialistischen Partei Frankreichs untersuchen.

Jede Partei hat ihren Wählern ihre Daseinsberechtigung zu beweisen, das heißt, die Eigenart ihrer Ziele, wodurch sie sich von anderen Parteien unterscheidet. Seit einigen Monaten haben weite Kreise der Partei das Gefühl, die Politik der sozialistischen Minister ermögliche nicht mehr eine derartige Beweisführung. Sie befürchten, daß die Minister praktisch die Politik der anderen Koalitionspartner betreiben, während die Partei die Verantwortung für die Regierungspolitik zu tragen habe. Nicht mit Unrecht hat daher der Parteitag von Ministerpräsident Ramadier und seinen sozialistischen Regierungskollegen eine Politik "sozialistischer Energie" gefordert, d.h. Initiativen und Lösungen, die den Wählern begreiflich machen sollen, weshalb sie ihre Stimme der sozialistischen Partei eher als einer anderen zu geben haben. Praktisch bedeutet das vor allem eine fortschrittlerische Haltung in Kolonialfragen und die wirtschaftliche Verteidigung der breiten Massen, hauptsächlich durch eine Verschärfung der Wirtschaftskontrollen.

Um seinen Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, hat der Parteitag von Lyon den Koalitionspartnern wohl auch zu verstehen geben wollen, daß die sozialistische Partei nicht gewillt ist, sich unter dem Vorwand der Verteidigung der Republik in der Regierung aufzuopfern, und daß sie ebenso gut in der Opposition für Demokratie und Freiheit kämpfen könne. Den rein doktrinalen Erörterungen und Forderungen des Parteitages ist wenig Bedeutung beizumessen. Der linke Flügel erachtet es als seine Pflicht, den klassisch-marxistischen Idealen der Partei treu zu bleiben und sie von Zeit zu Zeit theoretisch in den Vordergrund zu stellen, ohne ihre praktische Tragweite in der gegebenen Konjunktur eingehender zu untersuchen. Es ist vielleicht die politische Schwäche dieses sogenannten linken Flügels, der nun seit mehr als einem Jahr die Mehrheit in der Partei besitzt, ohne deswegen die Parteipolitik wesentlich beeinflussen zu haben, daß er glaubt, durch eine doktrinale Rückkehr zum klassischen Marxismus der Partei in den Augen der Massen eine Daseinsberechtigung zu geben, anstatt eine energische und fortschrittliche Synthese zwischen Sozialismus und Humanismus zu suchen.

Man darf sich ferner fragen, ob es taktisch klug war, eine Verschärfung der staatlichen Wirtschaftskontrolle zu verlangen. In der Tat ist zur Zeit die überwiegende Mehrheit der Franzosen gegen

jede Einmischung des Staates in die Wirtschaft, weil die bisherige, sogenannte Planwirtschaft ein offensichtlicher Fehlschlag war. Jeder neue Versuch, den bestehenden Kontrollapparat wirksam zu machen, wird wahrscheinlich scheitern müssen. Gewiß, von einer Rückkehr zur freien Wirtschaft kann in Frankreich ebenso wenig wie in anderen europäischen Ländern die Rede sein. Unter diesen Umständen wäre es dann wohl besser gewesen, den Fehlschlag der bisherigen Wirtschaftslenkung anzuerkennen, die Grundsätze einer wahren Planwirtschaft darzulegen und ihre Notwendigkeit propagandistisch den Massen auseinanderzusetzen. Das Festhalten an theoretisch richtigen Begriffen und Grundsätzen, die jedoch durch eine völlig irrige Anwendung praktisch in Mißkredit gekommen sind, ist nicht sehr glücklich.

Letzten Endes sind die Franzosen immer Realpolitiker, was übrigens kein geringes politisches Verdienst ist. In entscheidenden Augenblicken lassen sie alle doktrinen Erwägungen hinter der Notwendigkeiten des Tages zurücktreten. Es war kein Zufall, daß der Ministerpräsident Ramadier vom Parteitag nicht weniger Beifall erhielt als sein Gegenspieler, der Generalsekretär Guy Mollet. Es war deshalb von vornherein unwahrscheinlich, daß die Entschlüsse von Lyon zu einer Regierungskrise in Frankreich führen würden, die dann auch zunächst vermieden werden konnte. Die Vierte Republik ist von zwei Gefahren bedroht: dem Kommunismus zur Linken, dem Gaullismus zur Rechten. Allein eine Koalition von Sozialisten und Volkerepublikanern vermag das Land zwischen diesen beiden Klippen hindurchzusteuern. Beide Partner kennen die Gefahr, und die Sozialisten wünschen ebenso wenig den Kommunismus wie die Volkerepublikaner den Gaullismus. Sie werden daher auch weiterhin gegenseitig zu Konzessionen bereit sein. Viel schwieriger ist die Stellung der Radikalsozialisten in der Regierung, denn diese Partei wird zusehends reaktionärer. Durch die Bildung einer gaullistischen Partei dürfte es jedoch in diesem Punkte bald zu einer Klärung kommen.

"Populaire" ehrt Rudolf Breitscheid

A.F. Paris, Ende August

Anläßlich des dritten Jahrestages des tragischen Todes Rudolf Breitscheids veröffentlichte die Pariser Zeitung "Populaire" eine sehr warme Würdigung dieses sozialdemokratischen Politikers, der bekanntlich ein persönlicher Freund Léon Blums war. Es wird darin berichtet, wie Breitscheid und Häfner von den faschistischen Behörden von Vichy an die Gestapo ausgeliefert wurden und welches Schicksal sie weiterhin erlitten. Der Artikel schließt mit der Feststellung, daß Breitscheid in der Freiheit des Individuums das wertvollste Gut des Menschen sah.

Remis in Eichstätt

Von unserem ständigen Münchener Vertreter

Die mit Spannung erwartete Landeskonzferenz der CSU Bayern am 30. und 31. August in Eichstätt hat das seit langem andauernde Kräftespiel zwischen den maßgebenden Exponenten der Partei nicht entschieden. Dem Landesvorsitzenden Dr. Josef Müller wurde mit 308 zu 192 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen das Vertrauen ausgesprochen. Die Kulturpolitik Dr. Hundhammers wurde mit 323 zu 154 Stimmen bei 25 Stimmenthaltungen gebilligt. Die Probleme, um die es in der CSU eigentlich geht, wurden nicht gelöst, man ging ihnen aus dem Wege. Die unausweichliche Entscheidung wurde vertagt.

Das Neben- und Gegeneinander der drei sich bekämpfenden Gruppen Müller, Hundhammer oder der Bauerngruppe hatte die Krise der Partei heraufbeschworen. Eigentlich waren es die überbetont föderalistischen Hundhammerleute und die Bauernparteiliker um Dr. Baumgartner, Horlacher und Schlögl, die gegen die für ihre Begriffe zu stark auf die Interessen Gesamt-Deutschlands ausgerichtete Politik Dr. Müllers opponierten und deren klare Absicht es war, dem eigenwilligen Landesvorsitzenden die Parteileitung aus den Händen zu nehmen. Die sich hauptsächlich aus den protestantischen Kreisen Nordbayerns rekrutierende Müllergruppe führte als Gegengewicht vor allem die rückschrittliche und einseitige Kulturpolitik Hundhammers an.

Diese Differenzen waren ^{allmählich} in ein Stadium getreten, in dem ein Bruch innerhalb der CSU unvermeidlich zu sein schien. Daß es in Eichstätt nicht dazu kam, ist vor allem das Werk Dr. Ehard, der sich seit seiner Wahl zum Ministerpräsidenten ein bemerkenswertes politisches Gewicht verschafft hat. Er hat durch sein vermittelndes Eingreifen die Spaltung der Partei vorerst verhindert und verstand es immer wieder, in den kritischen Augenblicken und bei manchen tumultösen, bisweilen geradezu beschämenden Szenen, die Gemüter zu beschwichtigen.

Schließlich wurde noch eine Entschließung der "Jungen Union" einstimmig angenommen, in der die Landesversammlung dem bayerischen Ministerpräsidenten für die von ihm verfolgte Politik ihr vollstes Vertrauen aussprach und ihm Anerkennung für die Einberufung der Ministerpräsidentenkonferenz zollte. Es bleibt allerdings die Frage offen, ob dieses Vertrauensvotum Dr. Ehard allein galt oder auch die Regierungskoalition darin einbezogen war. Der Antrag Dr. Horlachers auf Einsetzung eines dreiköpfigen Parteidirektoriums anstelle des bisherigen Landesvorsitzenden wurde durch die Wiederwahl Müllers illusorisch. Die Gemüter scheinen sich wieder etwas beruhigt zu haben. Das brüchige Gehäuse der bayerischen CSU ist vorläufig noch einmal gekittet.

Jedoch ist die Krise damit keineswegs überwunden. Das Vertrauensvotum für Dr. Hundhammer darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Frage der Kulturpolitik das entscheidende Problem bei allen inneren Auseinandersetzungen der CSU geblieben ist. Ob die CSU in der Kulturpolitik weiterhin den von dem katholischen Klerus gewiesenen Weg oder den einer überkonfessionellen, christlichen Kulturpolitik beschreiten will, wird erst bei der Debatte über den Etat des Kultusministeriums im Landtag entschieden werden. Hier können sich Hundhammer und die ge-

sante OSU nicht mehr am Kernpunkt der ganzen Angelegenheit vorbeimanövrieren. Hier muß Farbe bekannt werden.

Nach Andeutungen Dr. Ehard's wird die Union in dieser Frage ebenfalls den Schritt zu einer universellen, fortschrittlichen Politik machen müssen. Ob Dr. Hundhammer sich diesen zwangweisen Forderungen beugen wird oder ob er weiterhin versuchen wird, seinen überbetont konfessionellen, man kann schon sagen reaktionären, Kurs sowie die an partikularen Chauvinismus grenzende politische Ideologie innerhalb der Partei geltend zu machen, bleibt abzuwarten.

Mit einem Faktor aber wird die Außenpolitik der OSU ganz entschieden und in zunehmendem Maße zu rechnen haben: mit den Vertretern der "Jungen Union", die durch ihre ernsthaften Auffassungen und die vornehmliche Art, sie zu vertreten, ein erfreuliches Bild hinterließ und die durch ihre Haltung demonstrierte, daß, wenn in Bayern noch irgend welche Hoffnungen auf die Demokratie gesetzt werden können, sie unabhängig von den Parteien, in erster Linie bei der Jugend liegen.

Friedrich Stampfer 73 Jahre alt

Unter dem Stamm alter sozialdemokraten aus der Zeit nach der Jahrhundertwende mit Namen, die weit über Deutschlands Grenzen hinaus Klang bekamen, ragt heute Friedrich Stampfer, der am 8. September 73 Jahre alt wird, in unverbrauchter Lebensfrische hervor. Neben ihm kann man in diesem Zusammenhang eigentlich nur noch Paul Löbe und Carl Severing nennen.

Jeder, der Stampfer in Nürnberg selbst gesprochen und ihn vor dem Parteitag hat sprechen hören, war aufs Tiefste beeindruckt von der geistigen Kraft dieser Persönlichkeit, in deren Gedanken und Vortrag sich eine fast jugendlich anmutende Elastizität mit einer seltenen Abgeklärtheit des Urteils verband. Diese Reife spiegelte die ganze reiche Ernte einer politischen Lebenserfahrung von annähernd einem halben Jahrhundert wider. Stampfer hält sich zur Zeit immer noch in Deutschland auf, niemand aber weiß so recht, wo er gerade im Augenblick ist - überall bezieht er nur auf kurze Zeit Standquartier. Zu brennend ist sein Interesse an dem politischen Geschehen in allen Teilen Deutschlands, die ihm nicht verschlossen sind (wie es die Ostzone leider ist). Er sieht und hört mit der Intensität des geborenen Journalisten, er berichtet und gibt Ratschläge mit der abgewogenen Klarheit eines Politikers, den das Schicksal eine unendliche Fülle von Menschen, Ereignissen und Entwicklungen aus unmittelbarer Nähe hat erleben lassen.

Stampfer wurde am 8. September 1874 in Brunn geboren, er studierte Staatswissenschaften an den Universitäten Wien und Leipzig. Von 1900 bis 1902 war er Redakteur der "Leipziger Volkszeitung", dann kam er nach Berlin als Herausgeber einer politischen Korrespondenz für die sozialdemokratische Parteipresse. Seit 1916 war er Chefredakteur des "Vorwärts", seit 1920 Mitglied des Reichstages.

Aber Stampfers Einfluß in der Partei war noch erheblich größer als seine äußere Stellung und seine Funktionen vermuten ließen. Zahlreiche andere führende Männer der Partei sind in Worten wie in Handlungen durch ihn inspiriert, zahlreiche Deklarationen der Partei von ihm formuliert worden.

1933 ging er ins Ausland, noch während des letzten Wahlkampfes hatte er vergeblich versucht, ein Zusammengehen der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei bei der Wahl selbst zu erreichen. In Prag gab er - zusammen mit Wels, Breitscheid und Vogel - den "Vorwärts" als Wochenschrift heraus. Vor dem Einmarsch der Deutschen im März 1939 verließ er Prag rechtzeitig und begab sich nach den Vereinigten Staaten.

In New York leitete er während des Krieges die "Neue Volkszeitung", in der er bis auf den heutigen Tag laufend zu den großen Fragen der internationalen Politik Stellung nimmt, und in der er immer von neuem furchtlos für das antireaktionäre und das antinazistische Deutschland eintritt. Er tut das oft in einer Sprache, die seine Gegner fürchten, weil sie an Schärfe, Klarheit und Überzeugungskraft ihresgleichen sucht. Der Wunsch aller Sozialdemokraten und der zahllosen Freunde, die Stampfer sich in Deutschland auch außerhalb seiner eigenen Partei und überall in der Welt erworben hat, geht dahin, ihn noch möglichst viele Jahre wie bisher am Werke zu sehen.

--- --

- u

Dienstgruppen in der britischen Zone

Die überparteiliche Zeitung "Die Welt" meldete am 30.8.1947 aus Hannover, daß Dienstgruppenangehörige endgültig aus der Gefangenschaft entlassen werden sollen und, daß sie dann "freiwillig in die zivilen Arbeitsgruppen der Militärregierung eintreten können".

Wie uns dazu von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sollte für die Überführung der Dienstgruppen in die zivile GCLO (German Civilian Labour Organisation) mit dem Stichtag vom 1.8. begonnen werden. Was ist nun inzwischen geschehen?

Dienstgruppenangehörige erklären, daß in ihren Dienstgruppen zwar alle diejenigen, die sich freiwillig weiter verpflichteten, aus der Kriegsgefangenschaft entlassen wurden, alle jene aber, die sich nicht freiwillig weiter verpflichtet haben, nach wie vor als Kriegsgefangene geführt werden. Wir wissen nicht, wie lange es bei dieser Verwendung bleiben soll, wir wissen aber, daß dieser etwas verunglückte Start zur Überführung der Dienstgruppen in die freiwilligen Arbeitsgruppen ein Zeichen dafür ist, daß nicht alles so läuft, wie es die Dienstgruppenangehörigen und nicht zuletzt die deutsche Öffentlichkeit erwartet hätte.

- ck

--- --